

# Die Herbsttagung des Reichstages.

## Die Debatte über das Budgetprovisorium.

Budapest, 20. Oktober.

In einer stillen Sitzung des Abgeordnetenhauses unterbreitete heute der Berichterstatter des Finanzausschusses Koloman Münnich den Ausschussbericht über den Entwurf eines Budgetprovisoriums, den er dem Hause nach eingehender Motivierung zur Annahme empfahl. Seinen Ausführungen lauschte ein schwach besetztes Haus, das nur rechts und im Zentrum stärkeren Besuch aufwies. Vor der Unterbreitung des Ausschussberichts hatte Präsident Karl v. Szász dem Hause gemeldet, daß Abgeordneter Ludwig Holló am Schlusse der heutigen Sitzung eine dringliche Interpellation betreffend die auswärtige Lage einbringen und begründen werde.

In der Generaldebatte über das Budgetprovisorium sprach Abgeordneter Paul Farkas als erster Redner. Er verwies im einleitenden Stücke seiner Rede auf die Verschlechterung der politischen Moral unter dem Regime der gegenwärtigen Regierungsparteien. Den Rücktritt des früheren Ministerpräsidenten Grafen Moriz Esterházy kennzeichnete er als ein Ergebnis der persönlichen rivalitäten des herrschenden Systems, aus dessen Personenkreis er nur den Ministerpräsidenten Dr. Alexander Wekerle als eine leuchtende Erinnerung und bestehende Erwartung des ungarischen Liberalismus in günstiger Wertung hervortreten ließ.

Auf dem Gebiete der sachlichen Politik richtete Abgeordneter Paul Farkas einen scharfen Angriff gegen die laute Friedenspropaganda der Karolhipartei, die den Anschein einer Schwäche oder Schuldhaftigkeit der Monarchie erwecke und so unsere Feinde in ihren Aspirationen bestärke. Der Redner unterließ es nicht, festzustellen, daß die Karolhipartei, wie das in einem Falle neustens konstatiert sei, die ihr „zubehörende Menge“ gedungen habe. In der inneren Politik aber — ein bekannter Ausspruch des Grafen Michael Karolyi bezeuge es — huldige diese pseudodemokratische Partei feudalistischer Gesinnungen, und auch die Unternehmungen, die der Minister des Innern in politischen Fragen durch die Verwaltung besorgen ließ, zeigen machiavellistische Züge.

Die Frage der Schaffung einer neuen Partei bilde das letzte Thema des Redners. Er betonte, daß jede Parteibildung sozialen Wirklichkeiten entsprechen müsse. Jede Parteibildung, die unentsprechende Gesinnungen aus widersprechenden Fundamenten ziehen wollte, würde nur die Zahl der Masken des politischen Täuschungs vermehren. Keine politische Rechnungseinheit zeitigen, dem Fortschritt, der sich aus dem Kampfe der Wirklichkeiten ergibt, nicht dienlich sein.

Abgeordneter Joltán Meskó eröffnete den Reigen der gubernalmental Redner. Er widmete seine Ausführungen im wesentlichen einer Schilderung der Beziehungen, die zwischen nationaler Entwicklung und Besitzverteilung bestehen. Daß Abgeordneter Meskó diese Relation mit einem Angriff auf die Gütskäufe der Banken illustrieren wollte, ist eine Whirrung vom Wege der Logik, denn die Bank kann ebenso national sein — und die ungarischen Banken sind es auch — wie der verbürgteste Erbbesitzer eines Gutes.

Es folgte eine Rede des Barons Anton Radványi. Er griff zurück auf die Vorgänge in Oesterreich, um die tschechischen, gegen Ungarn gerichteten Angriffe zu berühren und auf die schwächliche Haltung des Kabinetts Esterházy hinzuweisen. Dann erörterte er die allgemeine politische Bedeutung des Kabinetts Wekerle. Dabei richte er die Persönlichkeit des Grafen Albert Apponyi in besonderer Beleuchtung, indem er bestrebt war, politische Unbeständigkeit des Grafen festzustellen und die Auswirkungen solcher Unbeständigkeit auf die Wahlrechtsreform zu würdigen. Baron Radványi kennzeichnete schließlich die Haltung, die Graf Albert Apponyi in der Frage der Möglichkeit der Auflösung des Abgeordnetenhauses im Kriege einnehme, als Selbstwiderspruch, die Idee der Auflösung selbst als politisch unmoralisch. Auch der Minister des Innern zeige schwere Inkonsistenz. Die Zusagen, die er aus Anlaß der Sommerdemonstrationen den durch Blünderung geschädigten Kaufleuten gemacht, seien bis heute unerfüllt. Die Delegation durch den Wahlrechtsblock sei kein verfassungsmäßiger Rechtstitel. Wie komme es also, daß Dr. Wilhelm Bazsonyi, gestützt auf diese Sendung, in das Kabinett eintreten konnte?

In seinen weiteren Bemerkungen wandte sich Baron Radványi zu einer Erörterung der sozialpolitischen Probleme. Ein Freund autonomer Arbeiterwohlfahrtsinstitutionen, müsse er dennoch eine zügellose und vielfach terroristische Ausgestaltung der sozialistischen Agitationsfreiheit ablehnen. Diese Ablehnung sei schon aus Rücksicht auf die Entwicklung des Bürgertums notwendig. Redner verweist auf eine Artikelserie, in der im Pest er Lloyd die notwendige Politisierung der bürgerlichen Schichten gefordert wurde, und wirklich seien diese Schichten in Gefahr, sobald im Hause die Parteien aus Wirtschaftsprüfung hervorgehen, zwischen den Mühlsteinen des Ra-

dikalismus und des Sozialismus zermalmt zu werden. Eine Mittelstandspolitik, wie sie Fürst Bülow vor Augen hatte und mit politischem Erfolg initiierte, sei auch in Ungarn erforderlich.

Baron Radványi konnte, wie auch der erste Redner der Mehrheit Paul Farkas, die herzlichen Gratulationen seiner Parteifreunde entgegennehmen.

Es erhob sich nunmehr Abgeordneter Elemér Jakabffy zum Worte, der sich wesentlich mit den Fragen der Volksernährung beschäftigte. Die Eröffnungen, mit denen der österreichische Volksnährungsminister Höfer auf die Anfragen des Abgeordneten Dr. Schürff geantwortet hat, boten dem Redner die Gelegenheit, zu zeigen, wie große Opfer der ungarische Lebensmittelmarkt an Oesterreich zu leisten habe. Namentlich die Erhöhung des Exports an Viehmengen lasse dies deutlich erkennen.

Abgeordneter Jakabffy erörterte dann sehr eingehend die Affäre Mezösih, indem er scharfe Kritik an der Erledigung dieser Affäre durch ein Schiedsgericht übte. Seine Ausführungen fanden den vollen Beifall seiner Parteifreunde und vielfach lauten Widerspruch der Regierungsparteien.

Um 2 Uhr ergreift Abgeordneter Tibor Kéler das Wort. Um viertel 3 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis nachmittag 4 Uhr.

### Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Karl v. Szász

eröffnet die Sitzung um dreiviertel 11 Uhr.

Schriftführer: Karl Szűcs (Szász), Géza Kovács und Koloman Szófia.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Alexander Wekerle, die Minister Graf Hadik, GreCsál, Mezösih, Földes, Ugron, Baron Szurmay, Graf Serényi, Graf Batthyány, Uneházyer.

Präsident teilt mit, daß er dem Abgeordneten Ludwig Holló zu einer dringenden Interpellation an den Ministerpräsidenten über die auswärtige Lage die Bewilligung erteilt habe. Die Interpellation wird um 8 Uhr abends motiviert werden.

Abgeordneter Alexander Erdélyi sen.

legt den Eid als Präsident des Inkompatibilitätsausschusses ab.

Folgt die Tagesordnung: Das Budgetprovisorium.

Berichterstatter Koloman Münnich

unterbreitet den Bericht des Finanzausschusses und verweist auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten im Ausschusse betreffend die Einführung verschiedener neuen Steuern und betreffend die Verbesserung unserer Valuta. Redner bezeichnet es als notwendig, daß die die Eröffnung neuer Einnahmequellen bezweckenden Gesetzentwürfe ehestens dem Hause unterbreitet werden. Der Finanzausschuss ist bei der Beurteilung des Gesetzentwurfes von den gleichen Prinzipien ausgegangen, die er während der ganzen Dauer des Krieges befolgt hat und monach die Gewährung des Budgetprovisoriums ein unerlässliches Interesse des Staates bildet. Redner empfiehlt deshalb die Votierung des Budgetprovisoriums, um so mehr, als auch der Ministerpräsident die Absicht ausgesprochen hat, dem Hause schon demnächst ein normales Budget und jene Steuerentwürfe und Verfügungen unterbreiten zu wollen, mit denen er die Deckung der stetig steigenden Staatslasten sicherstellen will.

Der vorliegende Gesetzentwurf erstreckt die im G.-A. IX: 1917 enthaltene Ermächtigung bis Ende Februar 1918 und stellt den Schlüssel für die Landes-Krankenpflegesteuer mit 5 Prozent fest. Bei dem Umstande, daß auf dem Gebiete der Krankenpflege zahlreiche dringende Aufgaben der Lösung harren, bedarf diese letztere Erhöhung keiner besonderen Begründung. Der § 3 regelt die Kriegsunterstützungen der Familien der Eingekerkerten. In den Klein- und Großgemeinden soll die Kriegsunterstützung je nach der Anzahl der unterstützungsbedürftigen Familienangehörigen zwischen 36 und 190, in den Städten mit geregeltem Magistrat und Munizipalrechten zwischen 42 und 95, in der Hauptstadt, in Zinne und in Pozsony zwischen 48 und 110 Kronen variieren, wozu noch für Familien, die in Miete wohnen, die Quartierzuschläge von 15, 25, beziehungsweise 40 Prozent kommen. Die Einzelheiten der neuen Feststellung der Kriegsunterstützungen sollen im Verordnungswege festgesetzt werden. Der Finanzausschuss empfiehlt auch diesen Paragraphen zur unveränderten Annahme, da er auf diesem Gebiete die Schaffung von Verfügungen für unerlässlich notwendig hält, die die Kriegsunterstützungen den heutigen schwierigen Existenzverhältnissen anpassen, zugleich aber auch eine rigorose und gerechte Verteilung dieser Unterstützungen gewährleisten. Nach einer eingehenden Würdigung des Gesetzentwurfes empfiehlt Redner die Votierung des Budgetprovisoriums für vier Monate.

Abgeordneter Paul Farkas:

Die Mehrheit bewilligte vor vier Monaten der Regierung das Budgetprovisorium in der Voraussetzung, daß die Regierung, wohl wissend, daß sie nur über eine Minderheit verfügt, sich jeder parteipolitischen Handlung enthalten werde. Hat die Regierung diesen Erwartungen entsprochen? In der Zwischenzeit ist ein Wechsel in der Leitung des Kabinetts eingetreten. Redner steht mit einer gewissen Befangenheit der Person des Ministerpräsidenten Dr. Wekerle gegenüber. In seiner Jugend sah Redner in ihm den großen Führer des ungarischen Liberalismus und dieser Eindruck konnte auch dadurch nicht besonders geschwächt werden, daß Wekerle an der Spitze der Koalitionsregierung stand. Denn auch die größten Feinde der Koalition müssen einen Unterschied zwischen dem damaligen System und dem Leiter des Koalitionskabinetts machen.

Wenn Redner das Budgetprovisorium bewilligt, so geschieht das nur, weil er auch im gegenwärtigen Umstände der Person des Ministerpräsidenten Vertrauen entgegenbringt.

Redner beschäftigt sich mit der Demission des Grafen Moriz Esterházy. Er schätzt die Person des Grafen Esterházy zu hoch, um hier eine Vivisektion seiner Seele vorzunehmen. Tatsache ist, daß Graf Esterházy nicht infolge der Angriffe seiner politischen Gegner, sondern infolge des Verhaltens der ihn unterstützenden Parteien zurückgetreten ist. Der feinfühligere Politiker mußte die Lust verlieren, wenn er den Republikanismus sah, der bei der Besetzung der Staatsstellen überall zum Ausdruck gelangte und der beispiellos in der Geschichte der ungarischen Politik dasteht.

Abgeordneter Sigmund Citver: Bei uns ist der Schwager nicht Minister!

Abgeordneter Paul Farkas (fortfahrend): In der korrupten Aera Tiba offenbarte sich die Verwandtschaft mit den Ministern in ganz anderer Weise. Der eine Bruder des damaligen Ministerpräsidenten schwebte lange zwischen Leben und Tod, der andere ging Monate hindurch auf Krücken, ein Sohn des Ministers des Innern und ein Sohn des Handelsministers starben den Heldentod, einem Sohn des Ministers am königlichen Hoflager wurde ein Bein amputiert. Während die Vertreter des radikalen Demokratismus durch neue Salonwagen, durch Automobile und andere demokratische Mittel die Unbequemlichkeiten des Lebens beheben wollen, weil der Volksfeind Stefan Tiba in den Wäldern der Büföwina inmitten der Biharer und Hajduer Husaren, um mit ihnen die Strapazen und Gefahren des Krieges zu teilen, (Stürmischer Beifall rechts.) Jedermann hätte erwartet, daß die Parteien, die Jahre hindurch gegen die angebliche Korruption kämpften, jetzt alles in Werk setzen werden, um die würdigsten und fähigsten Männer an den rechten Ort zu stellen. Selbst die eifrigsten Anhänger dieses Regimes können nicht behaupten, daß dies tatsächlich der Fall gewesen sei. (Weiterkeit.) Es ist leicht erklärlich, daß gewisse traurige Erscheinungen den Grafen Esterházy, der eine kurze Zeit lang vielleicht geglaubt haben mag, daß die Vorsehung ihn zu einer patriotischen Aufgabe prädestiniert habe, verstimmt und zum Rücktritt veranlaßt haben. Jedenfalls bringen auch seine politischen Gegner der Person des Grafen Esterházy Sympathie und Hochachtung entgegen. (Zustimmung rechts.)

Redner beschäftigt sich sodann mit der inneren und auswärtigen Politik der Karolhipartei. Vor allem sei festgestellt, daß es in diesem Lande keinen ehrlichen Menschen gibt, der nicht mit der vollsten Ueberzeugung den Wunsch hegen würde, der Weltkrieg möge ehestens beendet werden. Es ist möglich, daß es anderwärts und vielleicht auch bei uns, obwohl Redner keine einzige solche Person in Ungarn kennt, Leute gibt, denen der Krieg materielle Vorteile sichert und die, ihrer menschlichen Würde entkleidet, um dieser materiellen Vorteile willen die Fortsetzung des Krieges wünschen. Diese verdienen die ungeteilte Verachtung aller ehrlichen Menschen. Die Partei der nationalen Arbeit ist stets mit der größten Strenge gegen diejenigen vorgegangen, die aus dem Kriege einen illegitimen Nutzen gezogen haben. Die Karolhipartei betont bei jedem Anlasse ihre Friedenspropaganda. Wenn nicht dies, der Sache des Friedens oder des Krieges? Dieses Vorgehen wäre verständlich, wenn es hier eine imperialistische Annexionspartei gäbe. Gab es aber in Ungarn vor dem Kriege auch nur einen einzigen Menschen, der auch nur mit einem Worte von Annexion gesprochen hätte? Gibt es jetzt bei uns eine Partei, die Gebietssteile Serbiens, Rumaniens oder Italiens anneklieren will? Gibt es jemand, der nicht davon überzeugt ist, daß dieser Krieg ein uns auf erzwingender Verteidigungskrieg ist? (Lebhafte Beifall.) Und dennoch sprechen die Organe der Karolhipartei von gedungenem Pöbel, der bei Ausbruch des Krieges für den Krieg demonstriert hat? Die patriotischen Kundgebungen von damals dürfen nicht mit den Wiener Demonstrationen verwechselt werden, die in der Tat gedungene Leute für den Grafen Karolyi veranstaltet haben. Das patriotische Volk von Budapest wurde nicht durch die Reden der Partei der nationalen Arbeit, sondern auch die Worte der Grafen Andrássy, Albert Apponyi, Moriz Esterházy und anderer Führer der Opposition begeistert. Die Karolhipartei vergißt, daß es nicht nur auf materiellem, sondern auch auf politischem Gebiete einen illegitimen Kriegsgewinn gibt. (Lebhafte Zustimmung und Beifall rechts.)

Auch die innere Politik der Karolhipartei ist eigenartig. Graf Michael Karolyi sprach bei der Ernennung der Obergespanne von Buldoggan, die die Eingeweide der renitenten Komitatsbeamten herausreißen sollen. Dieser Ausdruck des radikalen Demokratismus ist nicht neu; er reicht auf tausend Jahre zurück. Das ist nicht die Tradition der Kazinczy, Kölcsey, Martinovich, sondern das Epigontum der ungarischen Oligarchie, der Geist der Trencsener Csák Máté. Die Führer der Oligarchie arbeiteten stets mit demokratischen Schlagworten. (Lebhafte Beifall.) Dieses Buldoggansystem scheint tatsächlich in der inneren Verwaltung eingedrungen zu sein. Der Minister des Innern scheint ein sehr gelehriger Schüler des Machiavelli zu sein. Er läßt auf der einen Seite durch die Obergespanne alles ausführen, was sie zur Sicherung des Systems für notwendig halten, auf der anderen Seite erklärt er mit einem gewissen Pathos, er verurteile jede Verfolgung aus parteipolitischen Gesichtspunkte. Redner ist überzeugt, daß der Minister des Innern auch gegen die Ueberschreitung der Sperrstunde die schönsten Worte finden würde. (Weiterkeit rechts, Lärm links.) Entweder kann der Minister des Innern seinen Intentionen nicht Geltung verschaffen, dann muß von ihm gefordert werden, daß er mit mehr Energie und Strenge gegen die renitenten Obergespanne vorgehe; oder er kann seine Inten-